
Antrag

der Fraktion der FDP

Schadensersatz-Plattform für Ansprüche gegen kriminelle Klebe-Blockierer

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für Bürger, die durch kriminelle Klebe-Blockaden Schäden erlitten haben, eine zentrale digitale Schadensersatz-Plattform bereitzustellen.

Mittels dieser Plattform sollen die Schäden unkompliziert standardisiert erfasst und an eine durchsetzende Stelle abgetreten werden können. Diese soll dafür Sorge tragen, dass berechnete Ansprüche zentral gegenüber den jeweiligen Täterinnen und Tätern als deliktische Schadensersatzforderungen geltend gemacht werden.

Die Plattform soll insbesondere die Möglichkeit bieten, alle für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen entscheidungserheblichen personenbezogenen Daten und Tatbestandsmerkmale zu erfassen und sicher zu übermitteln. Sie soll auch auf dem Smartphone nutzbar sein und neben einer Standortermittlung auch die Möglichkeit bieten, die Dauer der Verzögerung zu ermitteln und Fotos und Belege zu erfassen.

Die im Rahmen der Durchsetzung erlangten Gelder sollen den Geschädigten ausgezahlt werden.

Begründung

Seit fast einem Jahr stören kriminelle Blockierende die Berlinerinnen und Berliner nicht nur im morgendlichen Berufsverkehr, sondern attackierten auch Kunstwerke und das Naturkundemuseum. Zuletzt verzögerte eine Blockade die Anfahrt eines Rüstwagens anlässlich der Rettung einer unter einem Betonmischer eingeklemmten Radfahrerin. Mit den Farbensschlägen auf die

Berliner Bundespartezentralen der Ampel-Parteien wurde eine neue Stufe der Eskalation eingeläutet.

Berlin darf sich nicht länger von Kriminellen auf der Nase herumtanzen lassen. Bisher gibt es weder Strafen, die Wiederholungstaten verhindern würden, noch erfolgt eine nennenswerte finanzielle Inanspruchnahme der Täterinnen und Täter. Bürgerinnen und Bürger, die durch die Blockaden finanzielle Einbußen erleiden, werden – mit Ausnahme warmer Worte der Innensensorin – mit ihren Ansprüchen allein gelassen. Zuletzt riet die Innensensorin dazu, jeder Geschädigte möge selbst seine Ansprüche geltend machen.

Dabei weiß die Innensensorin genau, dass es sich für den Einzelnen nicht lohnt, Gerichtsverfahren gegen einzelne Blockierer anzustrengen. Damit haben die Blockierer einen Freifahrtsschein; sie müssen bisher kaum mit finanziellen Folgen für sich rechnen. Die geringen Gebühren, Bußgelder und Strafen werden von Spendern beglichen. Bürgerinnen und Bürger, die durch Blockaden finanzielle Einbußen erleiden, werden mit ihren Ansprüchen allein gelassen.

Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass der Berliner Senat sich weder mit einer Stimme klar von den Straftätern distanziert, noch schnelle Verfahren organisiert oder zumindest den Bürgerinnen und Bürgern wirksame Instrumente an die Hand gibt, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

Deshalb muss er eine zentrale Plattform zur Verfügung stellen, damit Geschädigte ihre Ansprüche, etwa wegen einer Blockade - zum Beispiel wegen Arbeitszeitausfall, Betreuungsmehrkosten oder Ertragseinbußen – zentral anmelden können. Die Durchsetzung abgetretener Forderungen könnte dann ähnlich unbürokratisch ablaufen wie die Geltendmachung von Fluggastrechten. Die Durchsetzung dieser Ansprüche wäre ein erster Schritt hin zu einer wenigstens finanziellen Kompensation und würde gleichzeitig das Risiko für Täterinnen und Täter von Nötigungen erhöhen. Da es sich um deliktische Ansprüche handelt, würden diese auch mit einem Privatinsolvenzverfahren nicht beseitigt. Wer dann noch weiter kriminell agiert, würde die eigene dauerhafte Zahlungsunfähigkeit riskieren.

Die angemeldeten vermögensrechtlichen Ansprüche könnten entweder in zentralisierten Zivilverfahren oder im Rahmen von Strafverfahren mit durchgesetzt werden (sog. Adhäsionsverfahren).

Diese digitale Plattform wäre nicht nur ein erster wirksamer Schlag gegen die kriminellen Blockierer, sondern endlich auch eine echte Unterstützung für die Berlinerinnen und Berliner, die nahezu täglich durch Klebe-Chaoten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Berlin, 8. November 2022

Czaja, Jotzo, Krestel
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin